

Offensiv gegen Antisemitismus

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg will offensiv gegen Antisemitismus vorgehen. Dafür soll es eine eigene Ansprechperson geben. „Zusätzlich soll die Aufklärung von Jugendlichen über Ursachen und Folgen des Antisemitismus mit 20.000 Euro gefördert werden.“ So fordert es eine von CDU, Grünen und SPD erarbeitete Empfehlung, die am 19. September von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen werden soll.

In einer Pressemitteilung heißt es: „Die Fördermittel in Höhe von 20.000 Euro sollen 2019, aufgeteilt in Einzelbeträge bis zu 2.000 Euro, an Schulen, Freizeiteinrichtungen, Nachbarschaftsheimen und ähnliche Institutionen fließen, die dann mit dem Geld Workshops oder Projekttag organisieren. Aufgabe der Ansprechperson für Antisemitismus wird sein, die entsprechenden Aktivitäten im Bezirk zu koordinieren sowie regelmäßigen Kontakt zu Bildungseinrichtungen und den Trägern der Jugendhilfe zu halten. Daran soll auch die Integrationsbeauftragte des Bezirks beteiligt werden.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Jan Rauchfuß erklärt: „Antisemitismus ist ein hochaktuelles Problem unserer gesamten Gesellschaft.“ Das ist richtig. Leider zeigen Umfragen, zum Beispiel von der R+V-Versicherung, die unter 2.335 Befragten zwischen dem 8. Juni und 18. Juli 2018 stattfand, dass Antisemitismus nicht zu den wichtigsten Ängsten der Deutschen gehört. Erst an siebter Stelle mit 57 Prozent, haben die Befragten davor Angst, übrigens fünf Prozent weniger als 2017. Am meisten Angst haben die Deutschen (69 Prozent) vor der Politik Donald Trumps, gefolgt von der Überforderung und den Spannungen durch den Zuzug von Ausländern (63 Prozent). Am wenigsten Angst, nur 52 Prozent, haben die Deutschen davor, ein Pflegefall im Alter zu werden.

Martina Zander-Rade, die schulpolitische Sprecherin der GRÜNEN, weiß: „Antisemitische, jüdenfeindliche Übergriffe mussten wir in jüngster Zeit leider auch an Schulen registrieren. Die Umsetzung unseres Beschlusses sorgt dafür, dass die Schulen damit nicht mehr allein fertig werden müssen und schon im Vorfeld antisemitischen Tendenzen besser begegnen können.“ Ob dieses Ziel mit 20.000 Euro erreicht werden kann, darf bezweifelt werden. Und der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Zander, sagt: „Bisher haben wir im Bezirk zu antisemitischen Angriffen immer klar Stellung bezogen, aber solche

Reaktionen reichen eben nicht aus. Jetzt schaffen wir die Voraussetzungen, koordiniert und vorbeugend offensiv gegen alle antisemitischen Bestrebungen vorzugehen.“

Wir wollen die Initiative nicht kleinreden. Angesichts der großen Worte ist aber der zur Verfügung stehende Betrag einfach viel zu klein. Es bedarf größerer Maßnahmen, um nachhaltige Erfolge zu erzielen. Angesetzt werden muss schon in der Grundschule. Ob 333 v.Chr. irgendwo eine Keilerei stattfand, ist Nebensache. Wichtiger ist, was ab 1933 in Deutschland für mehr als sechs Millionen Juden und vielen anderen der Anfang ihres Endes bedeutete. Die alte Forderung, dass jede Oberschulklasse in Deutschland einmal ein Konzentrationslager besucht haben muss, ist immer noch nicht erfüllt worden, obwohl das Geld dafür vorhanden wäre.

Für einen Jugendlichen, der schon vom Antisemitismus verseucht ist, hat eine Gedenkstättenfahrt keinen Wert mehr, wie wir unlängst durch eine AfD-Gruppe in Sachsenhausen erneut erfahren mussten. Diese Menschen sind nicht mehr pädagogisierbar. Die Bekämpfung des Antisemitismus muss bei den Jugendlichen beginnen. Der Ansatz des Bezirks Tempelhof-Schöneberg ist richtig, aber nicht ausreichend. Ein einzelnes Projekt ist eine wichtige Initiative. Sie hat doch aber nur dann Sinn, wenn sich daraus etwas Nachhaltiges entwickelt.

Gehen wir in der Bezirksgeschichte einmal zurück in die 1970er Jahre. Da nahmen Jugendliche einer Freizeiteinrichtung Kontakt zu Zeitzeugen auf. Zwar leben diese heute nicht mehr, aber jene, die damals an den Projekten beteiligt waren. Es wurden Ausstellungen, Film und Diskussionsrunden von Jugendlichen für Jugendliche mit Unterstützung des Jugendamtes, jedenfalls eines Mitarbeiters des Jugendamtes in der besagten Freizeiteinrichtung, durchgeführt. Daraus entwickelten sich Rundfahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstandes im Bezirk und Gedenkstättenfahrten, nicht nur nach Sachsenhausen, sondern in alle wichtigen Konzentrationslager. Wenn auch nicht in dem Umfang wie zwischen 1980 und 2012, so werden aber auch heute noch Gedenkstättenfahrten der erwähnten Jugendeinrichtung mit entsprechendem Begleitprogramm angeboten. Das ist Nachhaltigkeit.

Mit einem groß angelegten Schulprogramm ist ein Bezirk allein überfordert. Deshalb müssen die Bezirke das Ziel verfolgen, dass der Senat landesweit entsprechende Programme anbietet. Und nochmals: am Geld kann es nicht hapern.

Ed Koch